

27/86

Helmut Kohl im Deutschen Bundestag:

Wir haben gute Grundlagen geschaffen für die Zukunft

Die Debatte zum Haushalt 1987 ist natürlich eine Generalaussprache für die ganze Legislaturperiode von 1983 bis 1987. Es ergibt sich auch zwingend aus dem nahen Termin der Bundestagswahl am 25. Januar — das ist in knapp vier Monaten —, daß bei dieser parlamentarischen Auseinandersetzung nicht nur Rechenschaft gefordert und Kritik geübt wird, sondern auch Perspektiven für die Zukunft erwartet werden. Das erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in der 228. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. September 1986 und führte unter anderem aus:

Meine Damen und Herren, es ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik gewesen; und wir dürfen auch sagen, wir haben Anteil an der Entwicklung, daß die West-Ost-Beziehungen in Bewegung geraten sind. Wenn Sie nur die Summe der Vorschläge — ob man sie immer akzeptieren mag oder nicht, ist jetzt gar nicht die Frage —, die jetzt für die Besprechung Reagan—Gorbatschow auf dem Tisch liegen, im Blick auf Abrüstung und Entspannung vor sich sehen und sich vorstellen: wir hätten vor zwei Jahren hier über dieses Thema bei der Haushaltsdebatte gesprochen, dann spüren Sie: Damals hätten die wenigsten diese Entwicklung für möglich gehalten. Die Dinge sind in Bewegung geraten.

Ich bin sicher: Wenn dieses Treffen zustande kommt, werden davon neue Anstöße für die Zukunft für eine wirkliche Entspannung ausgehen. Dabei weiß ich auch — wir bleiben realistisch —, daß das

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL:

● BUNDESTAG

Auszüge aus den Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl, Alfred Dregger und Manfred Carstens zur Haushaltsdebatte 1987. Die Beiträge von Norbert Blüm und Rita Süßmuth zur Sozial- und Familienpolitik bringen wir im nächsten UiD. Seite 2—11

● DOKUMENTATION

Eine erfreuliche Bilanz/Wortlaut der Rede von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. Grüner Teil

● BETRIEBSRÄTE

Deutliche Wahlempfehlung für die Union. Seite 17

● PARTEI

Übersicht über die Zielgruppen-Veranstaltungen. Seite 19

● ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Flugblatt zur Sache. 12 Tips für ein gesundes Leben. Auch vom Ausland aus: Den Deutschen Bundestag wählen. Seite 21—24

nur kleine Schritte sind. Aber es werden Schritte in die richtige Richtung sein, etwa in Richtung auf ein weltweites Verbot chemischer Waffen, in der Frage eines Zwischenabkommens, das die Zahl der Mittelstreckenwaffen in West und Ost verringert, beim Problem der Verbesserung der Verifikation eines Teststoppabkommens, hinsichtlich einer Vereinbarung über die Errichtung von Zentren zur Verhinderung nuklearer Risiken und auf dem Gebiet der von der Stockholmer Konferenz behandelten Sicherheits- und vertrauensbildenden Maßnahmen und Abrüstungsfragen in Europa.

In den Rüstungskontrollverhandlungen, meine Damen und Herren, ist auf Grund der Vorschläge von beiden Seiten eine Lage entstanden, in der bei Verhandlungswillen und Kompromißbereitschaft konkrete Ergebnisse erzielt werden können. Ich gehe davon aus, daß heute dieser Wille auf beiden Seiten vorhanden ist. Wir haben dazu als Bundesregierung wichtige Beiträge und Anstöße geliefert.

Wir haben im Rahmen der Konsultation in den USA und im Bündnis Beiträge zu den amerikanischen Rüstungskontrollvorschlägen und zum Fortgang der Verhandlungen erarbeitet. Wir sind überzeugt, daß unsere Mitwirkung dazu beigetragen hat, daß die amerikanische Antwort auf den sowjetischen Vorschlag vom 11. Juni dieses Jahres weiterführend war.

Zusammen mit den europäischen Bündnispartnern sind wir für die Weiterbeachtung von SALT II eingetreten, sowohl gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber den USA. Wir haben entschieden die Auffassung vertreten — Herr Kollege Schmidt, Sie haben nach diesem Punkt gefragt —, daß der ABM-Vertrag bis zu einer beiderseitigen, einvernehmlichen Lösung der Frage des Zusammenhangs zwischen Offensiv- und Defensivwaffen fortgelten muß. Ich habe übrigens bereits

im Mai 1985 in meiner Rede auf dem letzten CDU-Parteitag darauf hingewiesen, daß zwischen dem Ausmaß der Reduzierung von Offensivwaffen und der Notwendigkeit und der Zahl von Defensivsystemen ein logischer Zusammenhang besteht.

Wir sind für Abrüstung

In der Frage eines allgemeinen Abkommens über den nuklearen Teststopp haben wir zum Ausdruck gebracht, daß ein schrittweises Herangehen über eine zeitliche und quantitativ-qualitative Beschränkung von Tests geboten ist. Wir haben eigene Vorschläge zur Verifikation von nuklearen Tests sowie zur Nichtproduktion und Nichtlagerung chemischer Waffen in die Verhandlungen eingebracht.

Wir haben gemeinsam mit Großbritannien Vorschläge zur MBFR innerhalb der Allianz und schließlich auch in Wien vorgelegt. Wir haben auch die Stockholmer Verhandlungen, wie jeder von Ihnen erkennen kann, ganz maßgeblich mitbestimmt.

Letztlich will ich nur noch darauf hinweisen, daß wir bei der Tagung in Montebello gemeinsam mit unseren Bündnispartnern beschlossen haben, 2 400 nukleare Sprengköpfe in Europa einseitig abzubauen.

Ich stelle also fest, daß sich diese Bundesregierung mit ihren Initiativen und Beiträgen auf allen Ebenen tatkräftig und energisch in den Prozeß der Abrüstungsverhandlungen eingeschaltet hat. Wenn wir jetzt bei dem Gipfeltreffen weitere Fortschritte erreichen, dann, denke ich, darf man mit Recht am Ende dieser vier Jahre sagen: Wir haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß wir sagen können: „Frieden schaffen ohne Waffen.“

Wir waren auch immer der Meinung, daß

Neue Umfragen: Kohl vor Rau

Das Hoch für die Bundesregierung hält an: 52 Prozent der Wähler meinen, daß „die Bundesregierung ihre Aufgaben gut oder eher gut“ bewältigt. 33 Prozent glauben, daß es die SPD besser könnte (neueste infas-Umfrage).

Johannes Rau verliert: Im März war noch jeder dritte Bundesbürger auf seiner Seite, Ende August nur noch jeder vierte — ein Sturz von 34 auf 26 Prozent (neueste Allensbach-Umfrage).

Bei der Frage „Wer wäre zur Zeit der bessere Bundeskanzler?“ entschieden sich 36 Prozent für Kohl, 27 Prozent für Rau. Allerdings: 37 Prozent sind unentschieden (neueste Emnid-Umfrage).

eine Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen, die von allen gewünscht wird, nicht allein auf dem Wege von Rüstungs-

kontrollverhandlungen erreicht werden kann. Auch die anderen Probleme müssen Lösungen zugeführt werden.

Das deutsch-sowjetische Verhältnis

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zeichnet sich nach dem Austausch mehrerer Botschaften zwischen Generalsekretär Gorbatjow und mir eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen ab, die man jetzt durchaus als konstruktiv bezeichnen kann. Sie haben ja äußere Zeichen dieser Entwicklung zur Kenntnis genommen anlässlich des Moskau-Besuches der Bundesminister Genscher und Riesenhuber vom 20. bis 23. Juli 1986.

Bei diesem Anlaß erfolgte die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Paraphierung dazu gehörender Ressortabkommen und Programmabsprachen auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens und der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Meine Damen und Herren, auf diesen Erfolg hat die Bundesrepublik seit 1972 gewartet; auch das ist doch ein Erfolg, der

nicht gelehnt werden kann. Ich bin auch auf diesem Feld ohne jede Illusion; mit dieser Anbahnung eines konstruktiveren Arbeitsverhältnisses sind natürlich nicht alle Schwierigkeiten in den deutsch-sowjetischen Beziehungen ausgeräumt.

Aber ich denke, es sind gute Grundlagen geschaffen für die Zukunft. Vieles deutet darauf hin, daß wir schon in nächster Zeit erleben werden, daß die daraus erwachsenen Chancen von beiden Seiten wahrgenommen werden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an den Besuch des Kollegen Wallmann in diesen Tagen in Moskau und an die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Umweltabkommens.

Wir bereiten den Abschluß von Umweltabkommen, von Kulturabkommen und von wissenschaftlich-technischen Abkommen mit einer ganzen Reihe von Ländern des Warschauer Pakts vor. Die Entwicklung wird uns auch auf diesem Feld recht geben.

SPD täuscht die Wähler

Meine Damen und Herren, es ist ganz natürlich, daß in dieser Debatte nach den letzten vier Jahren die Wirtschafts-, die Finanz- und die Sozialpolitik eine große Rolle spielt. Für mich ist nur erstaunlich, mit welch einem Maß von Verwegenheit die Spitze der Sozialdemokratischen Partei auf die Vergebllichkeit, um nicht zu sagen auf die Dummheit der Wähler spekuliert.

Professor Krupp, im Falle eines Wahlsiegs von Hans-Jochen Vogel 1983 als Wirtschaftsminister vorgesehen, hat am 14. Oktober 1982 geschrieben:

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Herbst — gemeint war Herbst 1982 — dramatisch verschlechtert. Der Rückgang der Beschäftigung hat sich verstärkt, der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist steiler geworden.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute haben im Oktober 1982 in ihrem Ausblick auf das Jahr 1983 hinzugefügt:

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte 1983 etwa 2,3 Millionen betragen und damit um mehr als 450 000 höher sein als 1982.

Herr Kollege Vogel, im Februar 1983 und in den Tagen bis zu der großen Fernsehdebatte am Donnerstag vor der Bundestagswahl am 6. März 1983 sind Sie und andere durch das Land gezogen und haben dann noch einen Oppositionszuschlag draufgesattelt. 2,3 Millionen war Ihnen als Horrorzahl zu gering; Sie sprachen von 3 Millionen Arbeitslosen, die unsere Politik herbeiführen würde.

Meine Damen und Herren, das, was Sie uns vor allem hinterlassen haben — ich sage es noch einmal —, war eine depressive Stimmung, war Pessimismus, war Untergangsszenario.

Es ist auch Übung geworden — wir haben heute wieder etwas davon gehört —, daß ein katastrophaler Abwärtstrend bei Wachstum, Stabilität und Beschäftigung

mit dem Hinweis auf die ungünstigen internationalen wirtschaftlichen Verhältnisse entschuldigt wird. Ich bin immer der Meinung gewesen, daß eine solide Diskussion, eine intellektuell redliche Diskussion auf diesem Feld natürlich auch die internationalen Gegebenheiten beachten muß.

Aber das ist eben nur die Hälfte der Wahrheit. Wenn die OECD — das sollten Sie sich merken, weil es für Ihre Politik steht — für den Zeitraum von 1969 bis 1982 unter den Kanzlern Brandt und Schmidt — feststellt, daß in den USA mehr als 20 Millionen, in Japan 6 Millionen, in Kanada jeweils 1 Million neue Arbeitsplätze hinzugekommen sind, dann sind das Zahlen, die Sie bitte mit den Ausführungen des Kollegen Schmidt vor Ihrer Fraktion im Juni 1982 vergleichen.

Mehr Arbeitsplätze geschaffen

Meine Damen und Herren, hier bei uns, unter den gleichen internationalen Bedingungen, waren es am Ende Ihrer Regierungsverantwortung nicht mehr Arbeitsplätze, sondern rund 700 000 Arbeitsplätze weniger als 1969. Deswegen frage ich Sie schlicht und einfach: Woher nehmen Sie den Mut, hier den Arbeitslosen zu sagen, daß sozialistische Politik in Deutschland für sie Zukunft bedeutet?

Martin Bangemann hat schon ganz recht: Sie können solche Horrorszenarien hier im Haus entwickeln, Sie können sich vielleicht auch bei Ihrer Vorstandssitzung daran berauschen; im Land glaubt Ihnen dies kein Mensch.

Aus der Rezession ist wieder Wachstum geworden, und die marxistisch unterbauten Zukunftspropheten, die uns ja, auch aus Ihrem Lager kommend, zu Beginn der achtziger Jahre für ein ganzes Jahrzehnt — übrigens sehr zum Ärger des

Kollegen Schmidt — Nullwachstum prophezeit haben, für die überhaupt das Thema „Null“ immer etwas Positives enthielt, all diese falschen Propheten sind ja ad absurdum geführt worden.

Aufschwung auf einem soliden Fundament

Wir können doch heute mit Fug und Recht behaupten, daß — und das ist ja die gemeinsame Leistung aller Bürger guten Willens in unserem Lande — der Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland auf einem breiten, auf einem soliden Fundament steht. **Die Preise sind so stabil, daß man weit in die Vergangenheit zurückgehen muß, um Vergleichbares zu finden.**

Wenn Sie nun dauernd die Preisentwicklung bei Öl und Benzin vorrechnen, dann lassen Sie uns das abziehen; dann bleiben wir trotzdem noch bei 1,5 Prozent, und das ist eine Stabilitätsrate, die in der Tat Weltspitze ist. Darauf können wir doch stolz sein!

Im übrigen wissen Sie doch, weil Sie es draußen in Ihren Versammlungen erleben: Die große Mehrheit unserer Bevölkerung — gerade die Leute mit den kleinen Einkommen, die keine Gelegenheit hatten, in irgendwelche Sachwerte zu flüchten — weiß, daß die größte soziale Tat, die ein Land sich selbst antun kann, die ist, stabile Preise zu haben, und die haben wir.

Alles, was wir zur Wiederbelebung der Wirtschaft getan haben — Preisstabilität, gefüllte Auftragsbücher —, hat etwas mit sozialer Politik für Arbeitnehmer und ihre Familien zu tun. Nach den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamts lag die saisonbereinigte Zahl der Arbeitsplätze zuletzt um mehr als eine halbe Million über dem Tiefstand von Anfang 1984. Sie

lag damit um mehr als 250 000 über dem Stand vom Herbst 1982.

Das heißt — und das können Sie nicht hinwegreden — Arbeitsplätze und Beschäftigung liegen heute bereits deutlich über dem Stand, den diese Regierung bei ihrem Amtsantritt vorgefunden hat.

Ich füge gleich hinzu, damit auch da kein Zweifel aufkommt: Wir sind in Sachen Arbeitslosigkeit mit dem bisher Erreichten noch keineswegs zufrieden. Wir sind noch nicht über den Berg. Aber wir haben ein gutes, ja ein entscheidendes Stück des Aufstiegs geschafft.

Solides Wirtschaftswachstum, stabile Preise, wachsendes Realeinkommen, zunehmende Beschäftigung: Das sind die Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft, auch in der Mitte der achtziger Jahre, und das wird der Wähler bestätigen.

Steuern gesenkt

Wir haben auf den Kreditmärkten für den privaten Nachfrager Platz gemacht. Verbraucher und Investoren sind heute in der Lage, das notwendige Geld zu günstigen Bedingungen zu erhalten.

Wir haben die Steuern für Arbeitnehmer und Unternehmen gesenkt, weil wir mehr Freiheit für die private Entscheidung des Bürgers haben wollen, weil wir gegen mehr staatliche Umverteilung und Bevormundung sind. Wir haben Spielraum für eine aktive Arbeitsmarktpolitik geschaffen. Mit mehr als 10 Milliarden DM pro Jahr hat sich diese Bundesregierung auf diesem wichtigen Feld jedenfalls mehr engagiert als Sie zuvor.

Hunderttausend Plätze für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind mehr als das Dreifache dessen, was wir im Jahre 1982 vorgefunden haben.

Meine Damen und Herren, wir treiben eine aktive Politik zugunsten der Familie.

Das erste Steuersenkungspaket in der Größenordnung von über 10 Milliarden DM dient vor allem auch diesem Ziel. Mit dem Erziehungsgeld, mit steuerlichen Erleichterungen, mit der Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung haben wir neue familienfreundliche Wege beschritten. Wir treiben eine aktive Sozialpolitik.

Renten wieder sicher

Wir haben die Renten für die vor uns liegenden Jahre auf eine sichere Grundlage gestellt, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zweimal verlängert, das Wohn geld um 1 Milliarde DM angehoben, die Sozialhilfe erhöht und das Kindergeld für arbeitslose Jugendliche wieder eingeführt, das Sie, meine Damen und Herren von der SPD, gestrichen haben.

Die wenigen Beispiele zeigen, daß wir eine solide Politik betrieben haben, die nicht Illusionen nachgelaufen ist, sondern die mit Solidität und Augenmaß immer auch die Finanzen in der Perspektive hat. Deswegen stellt sich natürlich vor der Wahl an Sie alle die Frage, wie Sie Ihre vielen Versprechungen halten wollen.

In Nürnberg ist ja in der Tat niemand zu kurz gekommen. Sie haben allen alles versprochen, den Schülern BAföG, den jungen Männern einen kürzeren Wehrdienst, den Frauen die berufliche Wiedereingliederung, den Bauern ein Aktionsprogramm, dem Mittelstand die Investitionsrücklage und den Arbeitslosen Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Sie haben nur nicht gesagt, wie Sie es finanzieren würden. Das ist der Punkt, zu dem sich Fragen stellen.

Der Weg, den Sie vorschlagen, ist klar; zurück zu höheren Schulden, höheren Steuern und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Das ist die Konsequenz Ihrer Politik.

Klarer Kurs in der Energiepolitik

Ebenso wie in der Außen- und Sicherheitspolitik steuern Sie in der Kernkraftfrage einen unberechenbaren Kurs. Für diese Bundesregierung spielen Arbeitsplätze und Beschäftigung eine zentrale Rolle. Deswegen steuern wir auch in der Energiepolitik einen klaren Kurs.

Wir wollen einen akzeptablen Sicherheitsstandard, und zwar nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern, die Kernkraftwerke betreiben. Denn was nützt es uns, um bei Ihrer Vorstellung zu bleiben, wenn wir alle Kernkraftwerke abschalten, sich ringsherum aber nichts verändert?

Meine Damen und Herren, ich habe nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl die Initiative für eine internationale Konferenz über die Sicherheit kerntechnischer Anlagen ergriffen. Die Konferenz beginnt in vierzehn Tagen in Wien.

Meine Damen und Herren, wir werden nach der Rückkehr von Bundesminister Walter Wallmann Gelegenheit haben nach einer Regierungserklärung hier im Haus über die Ergebnisse und die Perspektiven insgesamt zu diskutieren.

Aus Tschernobyl die Konsequenzen gezogen

Wir jedenfalls haben, was die Bundesregierung betrifft, nach Tschernobyl die notwendigen Konsequenzen gezogen. Wir haben in der vergangenen Woche ein Aktionsprogramm beschlossen, um alle Erfahrungen aus dem Reaktorunfall zu verwerten. Hierzu gehört auch der nach dem Unfall an die Reaktorsicherheitskommission erteilte Auftrag, alle im Betrieb, in Bau oder in Planung befindlichen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik angesichts der Erfahrungen einer Überprüfung zu unterziehen.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch zur Entwicklung alternativer Energien unseren Beitrag leisten und jede Anstrengung zur Energieeinsparung weiter unterstützen. Dies hat ja auch sehr konkrete Folgen, die Sie im Haushalt, der jetzt beraten wird, erkennen können.

Es ist einfach richtig, daß im Augenblick niemand sagen kann, zu welchem Zeitpunkt neue Entwicklungen welche Beiträge zur Energieversorgung leisten können. Und solange wir sie im Haushalt, der jetzt beraten wird, erkennen können.

Es ist einfach richtig, daß im Augenblick niemand sagen kann, zu welchem Zeitpunkt neue Entwicklungen welche Beiträge zur Energieversorgung leisten können. Und solange wir das nicht wissen, meine Damen und Herren, ist es eine bewußte Täuschung des Bürgers, mit der Ankündigung fester Zeitpunkte und Zeiträume hinsichtlich des Verzichts auf Kernenergie den Eindruck zu erwecken, wir hätten die Entwicklung bereits jetzt fest im Griff. Dies ist einfach nicht wahr.

Unsere Energiepolitik muß sich an drei Leitlinien orientieren:

Erstens: Die Sicherheit und die Gesundheit des Bürgers müssen absoluten Vorrang vor allen anderen — auch ökonomischen — Überlegungen haben. Das heißt, es muß ein hoher und zugleich vertretbarer Sicherheitsstandard durchgesetzt werden, und zwar natürlich selbstverständlich über Ländergrenzen hinaus.

Wir haben dazu vieles auf den Weg gebracht. Ich füge aber gleich hinzu: Ich sehe auch den Wiener Verhandlungen ohne Illusion entgegen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß dies keine Frage des Ost-West-Verhältnisses ist, sondern — ich habe das gestern abend wieder in einem Gespräch in Paris erfahren —, daß die Einschätzung, auch die tiefenpsychologischen Vorgänge im Zusammenhang mit Kernkraftwerken und nuklearen Vor-

Zitat

Boris Becker, der früher seinen Vater mit den Thesen der Grünen generiert hatte und der im Januar 1987 zum ersten Mal wählen darf, im Spiegel-Interview vom 15. September 1986:

Frage: „Weiter so, Deutschland“ ist für Sie schon der richtige Slogan?“

Becker: „Ja.“

gängen überhaupt in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich aussehen und wir das natürlich bei internationalen Gesprächen in Rechnung stellen müssen.

Zweitens: Wir müssen am Ziel, die Umweltbelastung zu verringern, konsequent festhalten, und zwar nicht erst mit Blick auf das Jahr 2000, sondern auch heute. Wenn uns heute die Waldbauern im Schwarzwald sagen: Unser Wald geht kaputt; wenn sie in dieser Generation sagen: Was seid ihr bereit zu tun, damit unsere Existenz erhalten bleibt? Dann muß diese Anstrengung schon jetzt und heute unternommen werden.

Drittens: Wir müssen trotz des niedrigen Preisniveaus, das viele dazu verleitet, vom Energiesparen abzusehen, dabei bleiben, daß Energieeinsparung und die Entwicklung alternativer Energien wichtige Ziele unserer Politik sind. Es gehört weiter dazu — ich erwähnte es schon —, daß wir jede Chance wahrnehmen, auch dann — das füge ich ausdrücklich hinzu —, wenn wir nicht bei jeder Maßnahme und bei jedem Unternehmen, das gestartet wird, den Erfolg vorhersehen können.

Wir halten am Kurs der deutschen Energiepolitik fest. Es kann dabei sehr wohl sein — niemand wird etwas dagegen haben —, daß wir Kernenergie zu einem späteren Zeitpunkt rückblickend als eine Energieform des Übergangs betrachten

können. Aber heute können wir das so noch nicht sagen.

Meine Damen und Herren, wenn wir diese letzten vier Jahre rückblickend betrachten und den politischen Standort der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1982 oder am Wahltag, 6. März 1983, mit dem im Herbst 1986 vergleichen, können wir mit Genugtuung und Dankbarkeit sagen: Wir haben in diesen vier Jahren ein gutes Stück Weg zurückgelegt.

Eine ermutigende Bilanz

Die Talsohle, von der Karl Schiller früher einmal gesprochen hat, liegt glücklicherweise ein gutes Stück hinter uns. Die OECD kommt im Sommer dieses Jahres zu dem Urteil: „**Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft sind gut. Das Risiko einer Wiederbelebung der Inflation dürfte gering sein, die Realeinkommen erholen sich, und die Arbeitslosigkeit dürfte zu sinken beginnen.**“

Das ist eine ermutigende Bilanz. Es ist aber keine Bilanz, die uns den Hinweis gibt, daß es an der Zeit sei, die Hände in den Schoß zu legen, sondern eine Bilanz, die uns den Auftrag gibt, noch entschiedener an den Problemen in Zukunft zu arbeiten.

Auf der internationalen Tagesordnung steht unverändert das große Thema Friedenssicherung und Abrüstung an erster Stelle. Wir wissen als Deutsche, daß wir nur durch das Zusammenwachsen Europas in Zukunft auch die Einheit der Nation gewinnen können.

Wir wissen, daß auch hierzulande viele wichtige Themen anstehen. Der Satz „**Leistung muß sich lohnen**“ bedeutet für uns, daß wir die wirklich große Steuerreform durchführen müssen, die auch ein Stück Abbau von Bürokratie und Staatsfeindlichkeit beim Bürger ermöglichen wird.

Ich möchte wiederholen, was Norbert Blüm immer wieder gesagt hat — und ich bin sehr dankbar, Frau Kollegin Fuchs, daß Sie Ihre Reaktion zu diesem Thema so ausgedrückt haben, wie es zu lesen war —, daß wir vielleicht doch bei allem, was uns trennt, den Versuch unternehmen können, in der neuen Legislaturperiode in Sachen Sicherung des Lebensabends der alten Mitbürger, der Rentenversicherung eine gemeinsame und tragfähige Grundlage zu finden.

Wir alle wissen, daß wir im Felde des Gesundheitswesens noch schwierigste Aufgaben zu erledigen haben. Ich habe nur diese drei Punkte unter vielen herausgegriffen, um deutlich zu machen, daß auch in der nächsten Legislaturperiode, in den nächsten vier Jahren wichtige Entscheidungen anstehen.

Wir werden gemeinsam, FDP, CSU und CDU, für die Zukunft diesen Weg einer soliden und solidarischen Politik fortsetzen. Ich bin ganz sicher, daß wir im Blick zurück auf die letzten vier Jahre mit dem Nachweis einer erfolgreichen Politik und mit der überzeugenden Kraft unserer Ideen für die nächsten vier Jahre am Wahltag gut bestehen werden.

In Hessen Müllnotstand

Auch in der Sitzung des hessischen Landtages vom 20. August 1986 hat Umweltminister Fischer noch kein Konzept seiner Abfall- und Müllpolitik vorgelegt. Bis heute hat er nicht dargelegt, wie, wann und wo die ständig wachsenden hessischen Müllberge beseitigt werden.

„Mit seiner Bio-Tonne für den Hausmüll ist Fischer kläglich gescheitert. Das Reduzieren der Hausmüllmenge gelingt trotz aller Ankündigungen nicht, erklärte Friedrich Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.“

ALFRED DREGGER:

Leistungen, die sich sehen lassen können

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion erklärte in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag in der vergangenen Woche u. a.:

Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler übernahm 1969 nach 20 Jahren unionsgeführter Bundesregierungen folgendes Erbe:

Nur 200 000 Menschen = 0,8 Prozent waren als Erwerbslose gemeldet. Das war — wenn es so etwas gibt — extreme Vollbeschäftigung.

Die Geldentwertungsrate betrug 1969 zwei Prozent, das war nach international anerkannten Maßstäben volle Geldwertstabilität.

Das reale Wirtschaftswachstum betrug 1969 7,5 Prozent. Das war auch internationale absolute Spitze.

Die öffentlichen Haushalte hatten 1969 kein Defizit, sondern einen Überschuß von 2,5 Milliarden DM. Der finanzielle Handlungsspielraum war, anders als heute, durch Zinslasten in keiner Weise eingeschränkt.

Die Investitionsquote betrug 1969 26,1 Prozent, das war zukunftssichernd.

In den ersten 20 Jahren der Bundesrepublik unter Führung der CDU hatte es — wie nachher auch — nicht nur konjunkturelle Aufschwünge gegeben, sondern auch Belastungen. Wir sind damals glanzvoll damit fertig geworden. Die Bundesrepublik Deutschland war 1969 das bewunderte Vorbild der Welt.

Als die SPD 1982 nach 13 Jahren die Regierungsverantwortung endlich abgab, hatte sie Deutschland verändert, wenn auch nicht so, wie sie es versprochen hatte:

Aus Vollbeschäftigung war Massenar-

beitslosigkeit geworden; in den letzten beiden Jahren der Regierung Schmidt (1981 und 1982) hatte sie sich um 106 Prozent verdoppelt. Das war eine unerfreuliche Spitzenstellung in der EG.

Die Geldentwertungsrate betrug 1982 5,3 Prozent. Sie hatte sich unter sozialdemokratischer Führung fast verdreifacht. Leidtragende waren vor allem die Rentner und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen, deren Realeinkommen rückläufig war.

Die öffentlichen Haushalte erwirtschafteten 1982 keine Überschüsse mehr, sondern erschreckende Defizite. Die Sozialversicherungssysteme standen vor dem Zusammenbruch.

Das Wirtschaftswachstum des Jahres 1969 (7,5 Prozent) hatte sich in ein sogenanntes Minuswachstum verwandelt; es ging wirtschaftlich bergab.

Die zukunftssichernde Investitionsquote war auf 20 Prozent abgesunken.

13 Jahre SPD-geführter Bundesregierungen hatten genügt, um alle Pluspunkte unseres Landes in Minuspunkte zu verwandeln. Als Regierungspartei war die SPD 1982 restlos und total gescheitert.

Die Regierung Kohl hat seit 1982 an die großen Erfolge der unionsgeführten Bundesregierungen aus der Zeit von 1949 bis 1969 anknüpfen können:

Wir sind wieder Weltmeister in Geldwertstabilität. In manchen Bereichen sinken die Preise. Die von der SPD vorausgesagte Mietenexplosion ist nicht eingetreten. Im Gegenteil: Im frei finanzierten Wohnungsbau ist der Mietanstieg von 4,4 Prozent im Jahre 1982 auf jetzt 1,6 Prozent gesunken.

Die Realeinkommen der Arbeitnehmer und Rentner steigen wieder. In diesem Jahr wird die reale Nettoverdienstrate bei über 4 Prozent liegen.

Auch auf dem Arbeitsmarkt haben wir Erfolg. Wir konnten nicht nur die Arbeitsplatzverluste in schrumpfenden Branchen ausgleichen, sondern die Gesamtzahl der Arbeitsplätze erheblich erhöhen, 1985 und 1986 um mehr als eine halbe Million. Erfreulich ist, daß die Arbeitslosigkeit der unter 20jährigen gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent zurückgegangen ist.

Um die Vollbeschäftigung, die die SPD verloren hatte, wiederzugewinnen, ist notwendig:

Es gilt, die Investitionslücke aus den 70er und dem Anfang der 80er Jahre, die wir einengen konnten, vollends zu schließen. Dazu tragen neuerdings auch ausländische Investoren bei. Im ersten Halbjahr 1986 haben sich die ausländischen Direktinvestitionen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 87,5 Prozent auf 3,3 Milliarden DM erhöht.

Was für die Investitionslücke gilt, gilt auch für die Entwicklungslücke in Bereichen, in denen die SPD den technischen Fortschritt politisch blockiert hat. Das gilt z. B. für die Kommunikationstechnik.

Wir müssen die SPD ferner daran hindern, die deutsche Kernkraftentwicklung zu ihrem nächsten Opfer zu machen. Sie trüfe damit einen Wirtschaftszweig, in dem wir Weltspitze sind, insbesondere was die Sicherheit angeht. Mit der Kernkraftwirtschaft würden alle stromintensiven Wirtschaftszweige getroffen, ohne dadurch, schon wegen des Verhaltens unserer Nachbarn, die Sicherheit unseres Landes auch nur annähernd zu verbessern. Wir bedauern sehr, daß die SPD die Einwendungen betroffener Betriebsräte und

weitblickender Gewerkschaftsführer nicht beachtet hat.

Wir müssen die beiden Tarifsenkungen 1986 und 1988 ergänzen durch eine grundlegende Steuerreform, die zu Steuerentlastungen und Steuervereinfachungen führt. Unsere Steuer- und Abgabenlast ist hoch, wie die Zahl der Insolvenzen zeigt. Die von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hinterlassene Zinslast hat uns daran gehindert, schon in unserer ersten Legislaturperiode diese Aufgabe anzupacken. Aber wir haben die Fundamente für eine solche Reform gelegt.

Wir werden den technischen Fortschritt nicht bremsen — wie die SPD —, sondern fördern und zugleich darauf achten, daß er dem Wohle des Ganzen dient. Die von uns angestrebte Steuerreform wird unserer Wirtschaft weitere Impulse geben. Schon jetzt läge die Arbeitslosenzahl unter 1,5 Millionen, wenn dem nicht zwei Struktureffekte entgegengewirkt hätten:

zum einen die sogenannten geburtenstarken Jahrgänge, die relativ schwache ins Rentenleben wechselnde Jahrgänge abzulösen haben,

zum anderen die Rückmeldung vieler, die schon resigniert hatten, sich aber jetzt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.

Wir haben die seit 1982 erheblich gestiegene Wirtschaftsleistung und Finanzkraft nicht zuletzt auch dazu benutzt, die Lage der sozial Schwachen zu verbessern:

Wir haben die Sozialhilfe 1985 und 1986 um durchschnittlich 10,5 Prozent erhöht; unter Berücksichtigung der totalen Geldwertstabilität eine wesentliche Verbesserung.

Wir haben nicht nur konsolidiert, wir haben auch reformiert. Mit unserer Reform für Kinder, Mütter und Familien haben wir ein neues Blatt in der Sozialgeschichte unseres Volkes aufgeschlagen.

MANFRED CARSTENS:

Die Preise sind wieder stabil: Jeder spürt's im eigenen Portemonnaie

Die Haushaltsdebatte in der vergangenen Woche hat bewiesen, daß die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten vier Jahre auch weiterhin Gültigkeit behält: Solide Staatsfinanzen sind die beste Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft, für stabile Preise und für ansteigende Beschäftigung, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens.

Während die Bundesausgaben von 1969 bis 1982 Jahr für Jahr um fast 10 v. H. gestiegen waren, finanziert mit immer höherer Staatsverschuldung und steigender Abgabenlast, haben wir die jährlichen Zuwachsralten im Haushalt nun schon im 5. Jahr auf weniger als 3 v. H. gesenkt.

Diesen Konsolidierungskurs setzen wir 1987 in konsequenter Weise fort. Der Rahmen des Etatentwurfs wird im nächsten Jahr in starkem Maße mitbestimmt durch einen Rückgang des Bundesbankgewinns auf höchstens noch 7 Mrd. DM. Es war seit jeher klar, daß dieser Einnahmeposten nicht auf Dauer in zweistelliger Milliardenhöhe zur Verfügung stehen würde. Trotzdem steht im Haushalt 1987 dem dadurch bedingten Einnahmerückgang von mehr als 5½ Mrd. DM im Vergleich zum Haushalt 1986 keine nennenswert höhere Neuverschuldung gegenüber. Es bleibt bei 24 Mrd. DM. Dies ist ein großartiger Konsolidierungserfolg.

In den bevorstehenden Ausschußberatungen werden wir versuchen, das von der Bundesregierung scharf kalkulierte Zah-

lenwerk noch weiter zu verbessern. Bei kritischer Überprüfung aller Positionen sollte dies gelingen.

Die Abkehr von der Politik des unbegrenzten Geldausgebens und die nachhaltige Rückführung der staatlichen Defizite haben entscheidend zum erfreulich niedrigen Zinsniveau und zur Wiedergewinnung der Preisstabilität beigetragen. Vier Jahre nach dem Regierungswechsel und der tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit sind heute alle wirtschaftlich relevanten Daten — vom Wachstum über die Preis- und Reallohnentwicklung bis zum Wiederanstieg der Beschäftigtenzahlen — wieder positiv. Die Staatsfinanzen sind unter Kontrolle, die finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung stabilisiert. Die Renten sind sicher, die Bundesanstalt für Arbeit hat wieder finanziellen Handlungsspielraum für ihre vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Aufgaben.

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erfolgte mit Augenmaß. Die konsequente Haushaltsdisziplin hat erst den finanziellen Spielraum für den familien- und sozialpolitischen Neubeginn und für die größte Steuererleichterung der letzten Jahrzehnte geschaffen.

Die Verbesserungen auf solider finanzieller Basis nutzen den Betroffenen mehr als die Sozialpolitik auf Pump vor 1982. Was früher allenfalls den Inflationsverlust wettmachte, ist heute bei völliger Preisstabilität ein echtes Plus. Jede zusätzliche Mark ist heute auch in realer Kaufkraft eine Mark mehr. Jeder einzelne spürt es am eigenen Leib, im eigenen Portemonnaie.

RAINER BARZEL:

Die Wende war nötig und erfolgreich

Rainer Barzel setzte an den Beginn seiner Abschiedsrede im Deutschen Bundestag ein Bekenntnis zur Politik der Regierung Kohl. „Die Wende war nötig, die Wende war erfolgreich“, unter anderem weil sich Kohls Vorgänger Schmidt immer weiter von seiner Partei entfernt habe.

Die Politik der Wende sei jedoch noch nicht am Ziel, sagte Barzel. Die Arbeitslosigkeit laste noch auf der Regierung, die Haushaltsrisiken seien unüberschaubar. Die wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen sprächen aber für die Fortsetzung der Wenderegierung. Er hob auch die konsequente deutsche Politik nach dem NATO-Nachrüstungsbeschuß von 1979 hervor, die nicht Krieg, sondern ein gesichertes Klima gebracht habe. Auch der technologische Abstand auf dem Weltmarkt sei verringert, die Technologiefeindlichkeit sei überwunden worden.

Barzel sagte, er wolle „nicht im Zorn zurückblicken“. Rechthaberei sei nie sein Thema gewesen. „Ich danke, daß ich mitwirken durfte.“

Die Demokratie habe nach dem zweiten Weltkrieg Erfolg gehabt, sie sei stabil. Streit und Konsens hätten sich gut eingependelt. Auch der Wechsel zwischen Regierung und Opposition werde gebraucht. Gewisse Grundentscheidungen müßten aber über Wahlen und Wechsel feststehen. Heute erfasse ihn zunehmend die Sorge, daß der Streit auch den nötigen Grundkonsens erfasse. Die große Koalition sei 1966 möglich geworden, weil Grundeinstellungen nicht in Frage gestellt worden seien. Beide großen Parteien brauchten einander auch in Zu-

kunft, die Demokratie brauche beide Parteien.

Die Nachbarn der Bundesrepublik wollten ein verlässliches Deutschland, sagte Barzel. Die Position müsse sein: „Mit beiden Füßen fest im Westen stehen und nach Osten die Hand reichen“. Auch die soziale Marktwirtschaft sei ein Grund für die Stabilität der Bundesrepublik. Die soziale Marktwirtschaft sei der Zwillingssbruder der Demokratie.

Barzel warnte vor der Gewöhnung an das Unrecht in der DDR. „Wir dürfen da nicht blind oder taub werden“, sagte er. Er wünsche sich, daß diejenigen, die zu Recht gegen die Vorgänge in Südafrika und Chile protestierten, zu Menschenrechtsverletzungen im anderen deutschen Staat nicht schweigen würden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Passagen über die DDR im jährlichen Menschenrechtsbericht des US-Parlaments.

Der SPD hielt Barzel vor, sie sei zuletzt auch in ihren Nürnberger Beschlüssen von früheren Aussagen zur Verteidigung im NATO-Bündnis abgerückt. Er wandte sich auch gegen Antiamerikanismus. Mit den USA verbinde uns außer militärischen Interessen auch Freundschaft, die aus der Geschichte gewachsen und auf gemeinsame Werte gegründet sei. Er warnte davor, mehr zu mäkeln als zu raten.

Kein aus Europa nörgelnd erhobener Zeigefinger verhindere Krieg und werde uns schützen, wenn es Not tue. Barzel betonte die Notwendigkeit zu verbesserter internationaler Zusammenarbeit.

In einem Dankeswort zum Schluß seiner Rede bat Barzel um Pardon für den Fall, daß er in den Jahren seiner Parlamentszugehörigkeit jemanden persönlich verletzt haben sollte.

Einstimmiger Beschuß der Fraktion: Gerechtigkeit für alle Mütter

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche dem unter Bundeskanzler Kohl gefaßten Koalitions-Beschluß einstimmig zugesimmt, wonach die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 stufenweise in die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Alterssicherung einzogen werden.

Die Leistung wird als Zuschlag zur Rente gezahlt. Bezieht die Mutter keine Rente, werden ihr die Kindererziehungszeiten anerkannt, ohne daß weitere rentenrechtliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Leistung pro Kind entspricht einem Versicherungsjahr auf der Grundlage von 75 Prozent des Durchschnittsentgelts (gegenwärtig rund 25 Mark monatlich). Die Regelung wird nach Geburtsjahrgängen gestaffelt in folgenden Stufen eingeführt:

- Vom 1. Oktober 1987 an werden die Mütter der Geburtenjahrgänge 1906 und früher,
- vom 1. Oktober 1988 an werden die Mütter der Geburtsjahrgänge 1911 und früher,
- vom 1. Oktober 1989 an werden die Mütter der Geburtsjahrgänge 1916 und früher,
- vom 1. Oktober 1990 an werden alle Mütter der Jahrgänge vor 1921 begünstigt.

Die Regelung soll im Interesse der begünstigten Mütter so einfach wie möglich ausgestaltet werden. Die parlamentarische Beratung des vom Bundesarbeitsminister vorzulegenden Gesetzentwurfs soll zu Beginn der neuen Legislaturperiode aufgenommen werden. Die im kommen-

den Haushaltsjahr für die ab 1. Oktober 1987 beginnende Regelung erforderlichen Haushaltsmittel werden bereits jetzt in den Haushalt 1987 eingestellt.

Dazu erklärt der parlamentarische Geschäftsführer, Rudolf Seiters: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat damit ihren eindeutigen Willen bekundet, in die Regelung der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht auch jene Mütter einzubeziehen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1986 bereits die Altersgrenze überschritten hatten. Solide finanziert schaffen wir Schritt für Schritt Gerechtigkeit für die Mütter und bauen das 100jährige Unrecht ab, daß nämlich die Erziehungsleistung in der Familie, durch die der Generationenvertrag erst lebensfähig wird, bisher in der Rentenversicherung überhaupt keine Rolle spielte. Diese konstruktive Politik steht im Gegensatz zum Geklapper der SPD, die 13 Jahre lang nur geredet, aber für keine Mutter in der Alterssicherung auch nur eine Mark übrig hatte.

Veränderungen in der Fraktion

Norbert Schlottmann wurde in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 8. September 1986 als neuer Obmann und Vorsitzender der Ausschußgruppe Petitionen bestätigt. Schlottmann folgt in dieser Position dem Abgeordneten Reinhard Göhner, der den Vorsitz des Umweltausschusses übernahm. Der neue Obmann war bereits von 1970 bis 1975 im Petitionsausschuß des Landes NRW tätig und seit 1983 neben seiner Arbeit als Familienpolitiker Mitglied im Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages.

Aktionismus des DGB für Jugendliche wenig hilfreich

Zu der vom Deutschen Gewerkschaftsbund für den Herbst angekündigten Kampagne „Wer nicht ausbildet, muß zahlen“ erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms, u.a.: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund kommt mit seiner Forderung nach einer gesetzlichen Finanzierungsumlage für Ausbildungsplätze in einem Augenblick, in dem sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt spürbar entspannt; in manchen Gegenden und Berufen gibt es bereits Schwierigkeiten, genügend Jugendliche für freie Lehrstellen zu finden. Der Zeitpunkt der angekündigten Kampagne macht deutlich, daß hier offensichtlich ideologische statt sachlicher Argumente im Vordergrund stehen.

Eine Umlagefinanzierung würde die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe vermindern, keine zusätzlichen Ausbildungsplätze erbringen, sondern die Zahl der Ausbildungsplätze verringern. Die Betriebe würden mit Auflagen belastet und Kontrollen unterworfen, die mit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung unvereinbar wären.

Günstige Entwicklung bei den Ausbildungsplätzen

Die positive Tendenz auf dem Ausbildungstellenmarkt hält weiter an. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze lag Ende Juli um 33 400 oder 7,4 % höher als im Vorjahr, während die Zahl der Bewerber um 22 000 oder 3,5 % gesunken ist. Einem starken Zuwachs bei den bisher noch

nicht besetzten Lehrstellen um 40,1 % steht ein Rückgang der bisher noch nicht vermittelten Bewerber um 13,7 % gegenüber. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen beginnt sich somit zu schließen. Die Chancen stehen gut, daß der immer noch hohen Nachfrage der Jugendlichen ein ausreichendes Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen gegenübergestellt werden kann. Viele Jugendliche haben am 1. August ihren Ausbildungplatz bereits angetreten; andere werden am 1. September mit ihrer Ausbildung beginnen.

Tausende von Lehrstellen stehen offen

Von mindestens 250 000 angebotenen Lehrstellen im Handwerk werden in diesem Jahr voraussichtlich nur bis zu 238 000 besetzt. Wie Handwerkspräsident Paul Schnitker auf einer Pressekonferenz in Bonn ausführte, bedeutet das, daß 10 000 bis 15 000 Lehrstellen mangels Nachfrage unbesetzt bleiben. Hauptsächlich im süddeutschen Raum und dort besonders in München und Stuttgart stünden heute noch Tausende von Lehrstellen offen. Das gelte nicht nur für die Bau- und Ausbauberufe, sondern auch für Musterberufe wie Elektrotechniker und Kraftfahrzeugmechaniker, betonte Schnitker. Die Entwicklung werde sich langfristig noch verstärken, denn die Zahl der Bewerber mit Hauptschulabschluß oder mittlerem Abschluß bleibe rückläufig.

Privatsender verpflichten sich zu Jugendschutz

Die privaten Fernsehsender Radio-Television Luxemburg (RTL) und Sky Channel, deren Programme in der Bundesrepublik über Satellit und Kabel zu empfangen sind, haben sich zu mehr Jugendschutz verpflichtet.

Finanzielle Lage der Gemeinden hat sich spürbar gebessert

Zu den aktuellen Schwerpunkten der Arbeit für die Städte, Gemeinden und Kreise und damit für die Bürger vor Ort, nahm bei der Vorlage des kommunalpolitischen Schwerpunktprogramms der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) der Bundesvorsitzende der KPV, Horst Waffenschmidt, wie folgt Stellung:

1. Intensive Wahlkampfunterstützung für Bundeskanzler Helmut Kohl, damit seine Politik für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung fortgeführt und gesichert werden kann, insbesondere die wichtigen Erfolge:

- Verbesserung der kommunalen Finanzsituation

- Anstieg der kommunalen Investitionen

- Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

- Vorfahrt für die kleinere Einheit statt Zentralisierung

2. Sicherung der kommunalen Steuerbeteiligung. Die Gewerbesteuer muß den Kommunen solange als zentrale Einnahmequelle und Verbindung zwischen örtlicher Wirtschaft und Städten und Gemeinden erhalten bleiben, solange keine gleichwertige oder bessere Steuereinnahme gefunden ist. Die Kommunalpolitiker von CDU und CSU setzen sich nachhaltig für die Gewerbesteuergarantie von Bundeskanzler Helmut Kohl ein. Auch die Wirtschaft will, daß die Kommunen ein finanzielles Interesse an den örtlichen Betrieben behalten.

3. Die Länder haben durch mehrfache Anhebung ihres Anteils an der Umsatz-

steuer und Verzicht des Bundes auf die Kindergeldmilliarde Finanzmittel erhalten, von denen sie auch den Städten, Gemeinden und Kreisen mitzugeben haben. Dies ist bei den meisten Ländern auch gelungen, leider nicht beim größten Land, bei Nordrhein-Westfalen. Dieses Land mit seiner SPD-Landesregierung betreibt eine rigorose Politik zu Lasten der Kommunen und damit zu Lasten der Bürger vor Ort:

Dies beweisen folgende Zahlen klar: Alle Flächenländer ohne Nordrhein-Westfalen haben von 1981 bis 1985 ihre Zahlungen an die Kommunen um 2,506 Mrd. DM erhöht, während Nordrhein-Westfalen seine Leistungen an die Kommunen im gleichen Zeitraum um 1,57 Mrd. DM verringert hat. Durch die Einbeziehung der Zahlen von 1986 würde sich wegen der erneuten Verbundabsenkung der Vergleich mit den übrigen Flächenländern noch weiter verschlechtern. Für 1987 plant die Landesregierung, die Grunderwerbsteuerbeteiligung der Kommunen zu streichen.

Die KPV unterstützt die Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen bei ihrem politischen Kampf gegen neue Benachteiligungen der Kommunen durch die Politik des Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten Rau.

4. Die KPV ruft alle Städte, Gemeinden und Kreise auf, noch einmal zu prüfen, ob zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt werden können. Zahlreiche Kommunen haben bereits starke Anstrengungen in diesem Bereich unternommen. Die Tatsache, daß aus den geburtenstarken Jahrgängen noch Ausbildungsplätze gesucht werden, muß zu einer nochmaligen nachhaltigen Anstrengung führen. Dies

gilt insbesondere für die Kommunen, deren Haushaltssituation sich in den letzten Jahren erheblich verbessert hat. Ausbildungsplätze sollten vor allem in kommunalen Einrichtungen und Betrieben angeboten werden, weil diese Ausbildung nach Abschluß auch Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der öffentlichen Gebietskörperschaften eröffnet.

Jeweils nach den örtlichen Gegebenheiten sollen in den kommenden Wochen erneut Ausbildungsbörsen und Arbeitsmarktgespräche in Städten, Gemeinden und Kreisen stattfinden, damit in Zusammenarbeit von Betrieben, Kammern, Verbänden und Gewerkschaften, Schulen und kommunalpolitisch Verantwortlichen Initiativen für Ausbildungsplätze und Arbeitsmöglichkeiten öffentlich erörtert werden können.

Kommunale Kulturpolitik entscheidet in zunehmendem Maße über die Qualität der Lebensmöglichkeiten vor Ort. Darum wollen die Kommunalpolitiker von CDU und CSU die kulturellen Initiativen in vielfältigen Bereichen weiter stärken und fördern, insbesondere im musischen Bereich, bei der Heimatpflege und beim Denkmalschutz.

6. Bei der wichtigen Frage des Asylrechts unterstützt die KPV die Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 26. August 1986. Auch über eine Ergänzung des Art. 16 GG muß zwischen Union, FDP und SPD ohne Voreingenommenheit und Tabus verhandelt werden.

Für die Kommunalpolitiker von CDU und CSU ist das im Grundgesetz garantierte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Um dieses Recht auch für die Zukunft zu sichern, muß sein Mißbrauch verhindert werden. Wir halten es deshalb für notwendig, den Artikel 16 des Grundgesetzes zu ergänzen durch einen Gesetzesvorbehalt, der ein Ausführungsgesetz ermöglicht, das die Wahrneh-

mung des Asylrechts auf die wirklich politisch Verfolgten beschränkt.

Innsbesondere die Kommunalpolitiker der SPD sind jetzt aufgefordert, in ihrer Partei für die notwendigen Regelungen politisch zu kämpfen.

7. Die KPV wird die Initiativen für die Senioren verstärken, sie legt dazu mehrere Vorschläge vor. Die betagten Mitbürger sind in vielfältiger Weise ein Schatz für unser Zusammenleben. Jede Kommune sollte einen Seniorenbeirat haben oder einen Ratsausschuß, der sich federführend mit der Seniorenpolitik befaßt.

8. Umweltschutz vor Ort muß sich künftig besonders bei der Verkehrsberuhigung für Wohngebiete, bei der Gewässerreinhaltung und dem Übergang von der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft bewähren.

Die Kommunalpolitiker von CDU und CSU wollen mehr Städtepartnerschaften zwischen Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland und Städten, Gemeinden und Kreisen in der DDR. Sie müssen aber zu Begegnungen von möglichst vielen Menschen im geteilten Deutschland führen und nicht nur zu Reisen von Funktionären und Behördenvertretern.

Gespräch mit der EKD

Auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl trafen sich am 11. September 1986 die Bundesregierung und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu einem dreistündigen Meinungsaustausch im Bundeskanzleramt. Intensiv wurden u. a. die politischen Lösungsmöglichkeiten der Asylantenfrage erörtert. Die Vertreter der EKD nahmen mit Befriedigung die Erklärung des Bundeskanzlers zur Kenntnis, daß das Grundrecht auf Asyl in seiner Substanz erhalten bleiben müsse. Die Maßnahmen der Regierung gegen den Mißbrauch des Asylrechts fanden Zustimmung.

Deutliche Wahlempfehlung für die Union

Die Betriebsräte von rund 300 000 Mitarbeitern in den deutschen Kernkraftwerken und ihrer Zulieferbetriebe sind auf harten Konfrontationskurs mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der SPD gegangen. In einer Resolution, die 39 Betriebsratsvorsitzende bei einer Konferenz in Brunsbüttel faßten, heißt es unter anderem: „Wir fordern unsere Kollegen und Kolleginnen auf, die Partei zu wählen, die für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze eintritt.“

Das ist die Quittung für SPD und DGB. Die Betriebsräte von rund 300 000 Arbeitnehmern in der deutschen Kernkraftindustrie haben eine eindeutige Wahlempfehlung für die Union beschlossen. Diese bislang einmalige Aufforderung ist eine schallende Ohrfeige für die Realitätsferne, mit der die ehemalige Arbeiterpartei SPD den Ausstieg aus der Kernenergie betreibt, stellt MDB **Alfons Müller** fest.

Seit DGB und SPD den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen haben, sind nach Angaben der Betriebsräte beispielsweise im Kernkraftwerk Biblis 40 Prozent der Mitglieder aus der IG Metall ausgetreten. **Norbert Moog**, Betriebsratsvorsitzender in Hanau, sagte: „Wir fühlen uns von DGB und SPD verlassen und stehen jetzt im Regen. Diesen unheimlichen Linksrutsch seit 1983 können wir nicht mehr mittragen.“

Nach einem Betriebsrätekongress in Dortmund schrieb das Betriebsratsmitglied, **Wolfgang Tölke** aus Mülheim (Ruhr), in der IG-Metall-Zeitung „metall“ folgenden Leserbrief („metall“, Nr. 17/22. August 1986):

„Ich schreibe diesen Leserbrief 1. aus freiem Entschluß und aus freien

Stücken (und nicht, weil die KWU oder die Siemens AG es gerne sieht);

2. schreibe ich diesen Leserbrief als gewähltes IG-Metall-Betriebsratsmitglied der Kraftwerk Union AG (und nicht als Kernkraftwerks-Betriebsrat). Es scheint wohl noch nicht bis zur Redaktion der IG-Metall-Zeitung durchgedrungen zu sein, daß die Betriebsräte von der Belegschaft und nicht von der Kernkraft gewählt werden. Aber jetzt zum eigentlichen Artikel. Dort ist zu lesen, daß sich Arbeitnehmervertreter schweigend durch ein Spalier von ebenfalls stummen Demonstranten gezwängt hätten. Das ist eine glatte Lüge. Richtig ist vielmehr, daß meinen Kollegen und auch mir nicht ein Spalier, sondern ein Spießrutenlaufen zugemutet wurde. Wobei wir von ‚friedlichen Demonstranten‘ angespuckt und als ‚Dreckschwein‘, ‚Schwein‘ und ‚Verräter‘ beschimpft wurden.

Ich finde, das hätte Ihr nicht verschwiegen sollen, auch wenn es Euch nicht in den Kram paßt.“

Bundeskanzler in Rheinland-Pfalz auf Platz eins

Mit 296 von 299 Stimmen wählte die rheinland-pfälzische CDU in Mainz Bundeskanzler Helmut Kohl an die Spitze der Landesliste für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Auf Platz zwei kam mit 286 Ja-Stimmen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler.

Die baden-württembergische Landesliste der CDU wird von Bundestagspräsident Philipp Jenninger angeführt. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner kam auf Platz zwei, gefolgt von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble.

Mehr Gesundheitsbewußtsein

„Der Kampf für die Gesundheit gegen die Krankheit ist nicht zu gewinnen, wenn der einzelne seine persönliche Verantwortung auf den Staat abschiebt. Der Staat hat die Aufgabe über die Ursachen vieler Krankheiten aufzuklären, entscheiden muß aber letztendlich jeder selber, wie er lebt“, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler bei der Eröffnung des Gesundheitspolitischen Kongresses der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Bonn am 10. September 1986.

„Wir müssen dafür Sorge tragen, daß unser freiheitliches Gesundheitswesen finanziert bleibt, dies ist die Verantwortung aller. Dies geht nicht nur die Patienten an, sondern betrifft alle, die im Gesundheitswesen tätig sind. Wenn die Finanzierbarkeit des freiheitlichen Gesundheitswesens nicht mehr gewährleistet sein sollte, dann wird diese Entwicklung denen in die Hände arbeiten, die dieses freiheitliche Gesundheitswesen abschaffen und es durch ein verstaatlichtes Gesundheitswesen ersetzen wollen. Deswegen wird in der kommenden Legislaturperiode die Frage der Kosten im Gesundheitswesen eine große Rolle spielen“, führte der Generalsekretär weiter aus.

Die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Professor Rita Süßmuth, unterstrich in ihrer Rede das Motto des Kongresses: „Gesund leben — Gesundheitspolitik in einer freien Gesellschaft“. Sie betonte, daß das Recht auf Leben und körperliche, seelische und soziale Unversehrtheit als ein Recht auf Gesundheit den sich sozial verhaltenden Bürger zu gesundheitsgerechtem Verhalten verpflichtete. Es lohne sich, gesund zu leben, weil es die Lebensqualität des einzelnen erhöhe, weil es seine Le-

bensfreude stärke, weil es seine Leistungsfähigkeit steigere, kurz weil es unabdingbare Grundvoraussetzung für ein erfülltes und glückliches Leben sei. „Wir leben nicht, um gesund zu sein, sondern wir wollen gesund sein, um zu leben und zu wirken“, sagte die Ministerin.

Daß es gar nicht so schwierig ist, in der modernen Industriegesellschaft gesund zu leben und dadurch ganz wesentlich zur Vorbeugung von Krankheiten beizutragen, zeigte Professor Schäfer: „Es sind selbstgestrickte Gefahren, die uns am meisten bedrohen, Gefahren, deren erhebliche Einschränkung nicht einmal sonderlich viel Mühe machen würde. Denn niemand redet vom absoluten Verzicht. Empfohlen wird das rechte Maß. Hier können nur wir selbst tätig werden, durch Maßhalten, Nachdenklichkeit und mit praktischen Mitteln der Reduktion des Konsums auf allen Ebenen.“

Am Nachmittag wurde unter der Leitung des Berliner Gesundheitssenators Ulf Fink über neue Wege diskutiert, die zu gesundheitsbewußterem Verhalten anregen sollen. Frau Dr. Carstens wies auf die Natur als Lehrmeisterin hin, die viele Möglichkeiten zur Erhaltung der Gesundheit bereithält. In einem kämpferischen Schlußwort unterstrich der Berliner Staatssekretär Hasinger die Bereitschaft der CDU, sich weiterhin für unser freiheitliches Gesundheitswesen einzusetzen, das es im Kern zu erhalten gelte, aber im Hinblick auf mehr Eigenverantwortung und Vorsorge auszubauen sei.

Fazit des Kongresses: Es gibt viele Möglichkeiten, Eigenverantwortung für die Gesundheit zu praktizieren; es lohnt sich für den einzelnen und für uns alle.

Zielgruppenveranstaltungen

In den nächsten Monaten finden verschiedene ganztägige Zielgruppenveranstaltungen statt. Termine sind folgende:

Samstag, 11.10.1986, in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg für die Zielgruppe Ländlicher Raum

Mittwoch, 5.11.1986, in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz für die Zielgruppe Senioren-Mitte

Samstag, 8.11.1986, in der Oberrheinhalle in Offenburg für die Zielgruppe Frauen

Samstag, 15.11.1986, in der Stadthalle in Düsseldorf für die Zielgruppe Mittelstand

Samstag, 22.11.1986, in den Messehallen West 6-8 in Köln für die Zielgruppe Jugend

Mittwoch, 26.11.1986, in der Eilenriedehalle in Hannover für die Zielgruppe Senioren — Nord

Mittwoch, 3.12.1986, in der Stadthalle in Freiburg für die Zielgruppe Senioren — Süd

Samstag, 13.12.1986, in den Messehallen 4 + 5 in Stuttgart-Killesberg für die Zielgruppe Arbeitnehmer

Bei allen Veranstaltungen, ausgenommen die in Hannover und Freiburg, wird als Hauptredner der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, erwartet.

Anmeldungen sind zu richten an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, 5300 Bonn 1.

DKP-Wahlempfehlung – Hinweis auf Linksruck der SPD

Die Empfehlung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) für die Bundestagswahl im Januar 1987 ist nach Ansicht der Unionsfraktion im Bundestag ein „unübersehbarer Hinweis“ für einen Linksruck der SPD. Der Aufruf der DKP, die Zweitstimme der SPD oder den Grünen zu geben, sei eine Folge der SPD-Politik, die die Bundesrepublik auf einen neutralistischen Kurs zwingen und das westliche Bündnis schwächen würde, erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Rudolf Seiters. Er warf der SPD vor, sie verharmlose die militärische Macht und die freiheitsfeindlichen Ziele der Sowjetunion und habe den Klassenkampf als Mittel der politischen Auseinandersetzung weitgehend akzeptiert. Die Wahlempfehlung

der DKP zeige, daß die kommende Wahl eine Grundsatzentscheidung über die Politik für den Rest dieses Jahrhunderts sei.

Mehr Firmengründungen und weniger Konkurse

Die Zahl der Unternehmensgründungen ist nach einer Untersuchung der Bonner Fachzeitschrift „Die Geschäftsidee“ im ersten Halbjahr 1986 gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 3,4 Prozent auf 20 297 gestiegen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Unternehmenslösungen von 13 998 auf 15 501 zu. Die für aussagekräftiger gehaltene Zahl der eröffneten Konkursverfahren sank dagegen um sechs Prozent auf 2 521.

Brandt schadet Bundesrepublik durch Prawda-Artikel

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, erklärte zu den Äußerungen des SPD-Vorsitzenden, Willy Brandt, in der „Prawda“: Die Tatsache, daß Willy Brandt in der „Prawda“ der Bundesregierung Gleichgültigkeit gegenüber Moskau vorwirft, zeigt die SPD als außenpolitischen Gefangenen ihrer eigenen Wunschvorstellungen von einer „zweiten Phase der Entspannung“ zu Lasten und zum Schaden der Bundesrepublik.

Nicht die Bundesregierung war es, die jahrelang alle Abkommen mit der UdSSR an der Berlinklausel scheitern ließ — an der Willy Brandt eigentlich besonderes

Interesse haben sollte —, sondern Moskau. Die Bundesregierung aber hat dieses Jahr die Einbeziehung Berlins in das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit durchgesetzt und damit den bilateralen Dialog ohne Aufgabe eigener Positionen weiter vorangetragen.

Wenn Willy Brandt unseren langen Atem in dieser entscheidenden Frage ausgezeichnet in der „Prawda“ kritisiert, beweist er ein weiteres Mal, welche Nachteile die SPD für die Bundesrepublik Deutschland zugunsten einer „zweiten Phase der Entspannung“ in Kauf zu nehmen bereit wäre.

Weniger als zwei Millionen Arbeitslose in 1987

Nach dem leichten Schwächenfall im Frühjahr wird sich die deutsche Konjunktur nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) weiter aufwärts entwickeln und in diesem wie im nächsten Jahr um jeweils drei Prozent wachsen. Davon werde auch der Arbeitsmarkt profitieren. Im Sommer nächsten Jahres werde die Zahl der Arbeitslosen erstmals wieder unter die 2-Millionen-Grenze sinken. Das stellt das RWI in einem Gutachten zur Lage der Wirtschaft im Spätsommer 1986 fest.

Die insgesamt steigende Produktion wird nach Ansicht des RWI die Beschäftigung weiter wachsen lassen. Bis Ende 1986 würden 320 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 1987 weitere 300 000.

Metallindustrie: 6000 Betriebe haben Facharbeitermangel

Der Mangel an Fachkräften wird in der Metallindustrie immer häufiger zu einer Belastung. Mitte des Jahres hatten bereits 6 000 Firmen Produktionsschwierigkeiten, weil ihnen Fachkräfte fehlen. Die Tendenz steigt weiter an. Zu diesem Ergebnis kommt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall auf der Grundlage einer aktuellen Umfrage unter Metallfirmen.

Wichtigste Ursache für den aktuellen Engpaß bei den Metallfachkräften ist nach Auffassung der Arbeitgeber der starke Investitionsschub seit 1983, der durch die jüngste Ertragsverbesserung ermöglicht worden sei und unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs zu einer raschen Einführung neuer Techniken geführt habe.

Zur Sache:

Gerhard Stoltenberg:

Weniger Arbeitslose, weniger Steuern, sichere Renten

Diese Woche im Bundestag: erste Runde in der Etatdebatte. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg formuliert Bilanz und Perspektive der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung Helmut Kohl.

Der seit vier Jahren erfolgreiche Kurs der Bundesregierung wird fortgesetzt:

- Unsere Politik sichert stabile Preise. Denn Preisstabilität ist die beste Sozialpolitik.
- Unsere Politik steht für weniger Staat und weniger Steuern. Wir senken die Steuern, damit sich Leistung für alle wieder lohnt.
- Unsere Politik sorgt für mehr Beschäftigung und neue Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Die Arbeitsplätze sind sicher.
- Unsere Politik hat die Renten wieder sicher gemacht und: sie werden im nächsten Jahr spürbar steigen.

Die SPD setzt dagegen auf Neid, Mißgunst und Miesmacherei und ihre alten, gescheiterten Rezepte; also wieder höhere Staatsverschuldung, höhere Steuern und Inflation. Für diese SPD-Politik gilt: Die Kurpfuscher von gestern dürfen nicht die Vertrauensärzte von morgen sein.

Zur konsequenten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung gibt es keine Alternative. Für diese Politik steht Gerhard Stoltenberg. Deshalb: Weiter so.

WEITER SO, DEUTSCHLAND
CDU



Fit in die Zukunft!

12 Tips für ein gesundes Leben

3 Öfter, aber weniger essen. Fünf bis acht kleinere Mahlzeiten täglich, zu möglichst regelmäßigen Zeiten, sind besser als drei große Mahlzeiten.

4 Taglich frisches Obst, Gemüse und Vollkornprodukte.

5 Übergewicht kann krank machen: Ihr Normalgewicht können Sie am

besten halten, wenn Sie Ihren täglichen Kalorienbedarf mit der folgenden Formel ausrechnen: Körpergröße in cm x 12 = täglicher Kalorienbedarf.

6 Abwechslungsreiche Mahlzeiten.

7 Meiden Sie Süßigkeiten!

8 Fett macht nicht fit. Bevorzugen Sie fettarme Zubereitungsmethoden für Ihre Speisen, z. B. in beschichteten Pfannen, in Folie, im Ton-Topf oder im Mikrowellen-Herd.

1 Genügend Eiweißstoffe: Nahrungsmitte wie Milch, Fisch, Fleisch sowie Eier liefern wertvolles Eiweiß, aber auch in pflanzlichen Lebensmitteln, und zwar vor allem in Vollkornprodukten, Kartoffeln und Hülsenfrüchten ist es enthalten.

2 Bereiten Sie Speisen richtig zu: mit wenig Wasser und wenig Fett oder fettfrei – schnell und kurz gedämpft, gedünstet, gebraten.

3 Wenig salzen!

4 Trinken Sie richtig: Der Mensch braucht mindestens einen Liter Wasser – häufig auch bis zu drei Litern täglich.

denn Wasser ist das notwendigste Lebensmittel.

5 Arzneimittel sind keine Lebensmittel: Es gibt viele Krankheiten und „Wehwehchen“, die es nicht erforderlich machen, einen dauerhaften Arzneimittelkonsum zu betreiben. Die Heilkräfte der Natur sind viel besser in der



Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Lage, eine Magen- oder Darmverstimmung zu kurieren.

6 Essen und Tröpfchen – beides muß stimmen: zur Gesundheit gehörts auch die richtige Bewegung: Suchen Sie sich eine Sportart aus, die Ihnen auch Freude macht. Es ist nie zu spät anzufangen, auch wenn man viele Jahre keinen Sport getrieben hat.

„Gesundheit ist unser höchstes Lebensgut. Gesunder leben, länger leben und aktiver leben zu können, ist für die meisten Bürger erstrebenswert. Aufgabe des Staates ist es, dem Bürger die Möglichkeit zu geben, gesund zu bleiben oder gesund zu werden – ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation, auf seinen Platz in der Gesellschaft und unabhängig von seinem Wohnort. Allerdings

kann kein Staat, kein staatliches Handeln Gesundheit garantieren. Gesundheit ist keine Ware, die man kaufen kann, sie ist ein Zustand, um den man sich selbst bemühen muß, den man selbst erarbeiten muß.“

(Rita Süßmuth)



Für denjenigen, der

„Fit in die Zukunft“ gehen will, ist das neue CDU-Gesundheitsrad ein lehrreicher Begleiter: den plärrigen Kalorienatabellen hat dieses Rad den Vorteil, daß es nicht nur den Kalorien- bzw. Joule-Gehalt der verschiedenen Speisen anzeigen, sondern auch ihren Mineralien- und Fetttypen sowie die ungeheure Wirkung des Kaloriestoffes auf den Menschen. Je größer B für eine gewisse Verdauung sehr wichtig sind. Besonders praktisch ist die Angabe der einzelnen Werte nach Portionsgrößen. Dadurch erübrigt sich die lästige Umrechnerei, die man früher beiwohnen mußte.

Einzelexemplare können Sie bei der CDU-Bürogeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, anfordern.



Diese Wandzeitung können Sie bestellen!

Eine neue Möglichkeit, Arztpraxen, Apotheken, Wartezimmer und Kurabteilungen interessant und informativ zu gestalten, bietet jetzt die Bürogeschäftsstelle an. So lange der Vorrat reicht, kann eine Wandzeitung „12 Tips für ein gesundes Leben“ im DIN-A2-Format in Bonn bestellt werden. Mit einem Portrait und Vorwort von Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth gibt das Plakat Tips für Ernährung, Sport und eine gesunde Lebensführung. Das Poster weist darüber hinaus auf das CDU-Gesundheitsrad hin, das im praktischen Taschenformat über Kalorien-, Joule-, Mineralien- und Fettgehalt der verschiedensten Speisen informiert.

Das Gesundheitsrad gehört zur bisher sehr erfolgreichen Palette von Werbematerialien zum Thema Fitneß und Gesundheit. Müsli-Riegel, Fitneß-Drink und die beiden Broschüren „Fit in die Zukunft“ sowie „Mit uns für ein gesundes Leben“ runden das Sortiment ab. Bei vielen Sommer-Veranstaltungen der CDU-Verbände haben die Artikel ihre „gute Kondition“ bewiesen. Gesundes Leben ist das ganze Jahr über ein aktuelles Thema. Wie wäre es zum Beispiel mit einem Volkslauf oder einer Tageswanderung durch den herbstlich gefärbten Wald? Für die kleine Stärkung zwischendurch und als Durstlöscher sind Vollvitamin-Müsliriegel und Mineraldrink genau das Richtige.

CDU-Ernährungsrad

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 40,— DM
Bestell-Nr.: 9797

CDU-Müsli-Riegel

Mindestabnahme: 27 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 9798

CDU-Energie-Drink

Mindestabnahme: 27 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 9799

Aktionshandbuch „Fit in die Zukunft“

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 8,45 DM
Bestell-Nr.: 3830

Ratgeber „Mit uns für ein gesundes Leben“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM
Bestell-Nr.: 5832

Faltblatt: „Wahlrecht für Deutsche im Ausland“

Nach einer Änderung des Bundeswahlgesetzes kann auch ein großer Teil der im Ausland lebenden deutschen Staatsangehörigen zum ersten Mal an Wahlen zum Deutschen Bundestag teilnehmen. Zu diesem Thema haben wir ein Faltblatt „Auch vom Ausland aus: Den Deutschen Bundestag wählen“ herausgegeben. Es enthält genaue Informationen darüber,

wer berechtigt ist, an der Bundestagswahl teilzunehmen, welche Bestimmungen und Fristen eingehalten werden müssen.

Praktisch: Mit einem Coupon können Antragsformulare zur Eintragung ins Wählerverzeichnis angefordert werden.

Sicherlich kennen auch Sie Deutsche, die im Ausland leben und sich gerne über die Möglichkeit einer Wahlbeteiligung informieren möchten. Sprechen Sie beispielsweise mit Firmen, die Niederlassungen im Ausland haben.

Siehe auch Abbildung
auf der letzten Seite dieser Ausgabe!

Prospekt „Wahlrecht für Deutsche im Ausland“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM
Bestell-Nr.: 2847

Bewährte Werbemittel – jetzt mit dem neuen Signet „CDU – Die Zukunft“

Rahmenflugblatt im Format DIN A4

Mindestabnahme: 1000 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 26,— DM
Bestell-Nr.: 1885

CDU-Papierfähnchen

Mindestabnahme: 1000 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 70,— DM
Bestell-Nr.: 9303

Die Druckvorlage des neuen Signets mit 12 verschiedenen Größen und Farbvorgaben kann bei der Bundesgeschäftsstelle Konrad-Adenauer-Haus, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn 1, angefordert werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Die CDU informiert:



Prospekt, Preis pro 100 Exemplare 7,— DM, Bestell-Nr.: 2847

Alle Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UiD

27/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.